



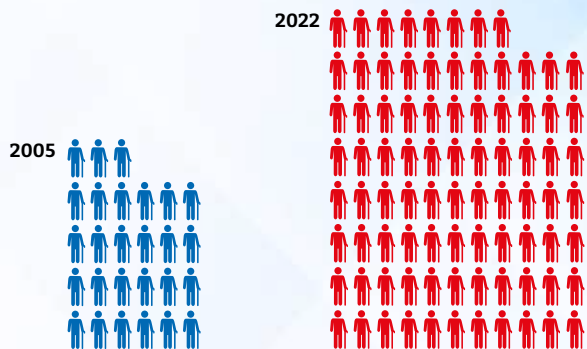
ULRIKE SCHIELKE-ZIESING MdB

- Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages und im gleichnamigen Arbeitskreis der AfD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages und im gleichnamigen Arbeitskreis der AfD-Bundestagsfraktion

SICHERE RENTEN

Was ist uns ein Lebensabend in Würde wert? Das Rentensystem wurde viel zu lange politisch vernachlässigt und mit fadenscheinigen Begründungen kaputtgespart. Immer mehr Menschen droht nach ihrem Erwerbsleben die Altersarmut. Wir als AfD-Fraktion sagen: Wer lange gearbeitet hat, soll von seiner Rente gut leben können.

Dafür entwickeln wir die richtigen Vorschläge: weg mit der Finanzierung der versicherungsfremden Leistungen auf Kosten der Beitragszahler, mehr Selbstbestimmung beim Renteneintritt, keine weitere Anhebung des Renteneintrittsalters und steuerliche Entlastungen für Rentner. Zusammen mit einer vorausschauenden Familienpolitik sorgen wir so dafür, dass die gesetzliche Rente eine Zukunft hat.



Im Dezember 2022 hatten knapp 659.000 Senioren kein Einkommen oder nur ein so geringes Einkommen, dass sie Grundsicherung im Alter beziehen mussten.

Quelle: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/04/PD23_138_228.html

WOFÜR WIR STEHEN

Gut bezahlte und sichere Arbeitsplätze bilden im Sozialstaat die Grundlage für die solidarische Absicherung von Lebensrisiken. Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsrecht, Sozial- und Sozialversicherungsleistungen, Rente und Inklusion behinderter Menschen müssen weiterentwickelt werden, damit sie zukunftsfähig und krisenfest sind. Unsere sozialen Sicherungssysteme, die den deutschen Sozialstaat so einzigartig machen, brauchen gerade in unsicheren Zeiten stabile Rahmenbedingungen und ein solides Fundament. Auch in Zukunft sollen Stärkere den Schwächeren helfen.

Immer mehr Ausgaben für Sozialleistungen

Gute Arbeits- und Sozialpolitik sollte dafür sorgen, dass weniger Menschen auf staatliche Leistungen angewiesen sind.



Quelle: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/39197/umfrage/ausgaben-fuer-leistungen-nach-dem-sgb-ii-seit-2006/>



UNSERE POSITIONEN ZUM THEMA RENTE

Eckpunktepapier der AfD-Bundestagsfraktion zur Alterssicherung.

<https://afdbundestag.de/eckpunkte-papier-alterssicherung>



Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

FOLGEN SIE UNS

- 🌐 [AfDBundestag.de](https://afdbundestag.de)
- 📘 fb.com/AfDimBundestag
- 🐦 [@AfDimBundestag](https://twitter.com/AfDimBundestag)
- 📺 youtube.com/AfDFraktionimBundestag
- 📷 instagram.com/afdimbundestag/
- 📺 tiktok.com/@afdfraktionimbundestag
- 📧 Rundbrief-Abonnement: <https://t1p.de/ycsg>

Herausgeber:

Fraktion der Alternative für Deutschland im Deutschen Bundestag vertreten durch den Fraktionsvorstand

Kontakt:

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Bürgerbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 57141
Telefax: 030 227 56349
E-Mail: buenger@afdbundestag.de

Herstellung und Redaktion:

Fraktionsverwaltung, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis: AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Stand: Juli 2023

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Parteiwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.

WOFÜR WIR STEHEN

Arbeitskreis Arbeit und Soziales
der AfD-Bundestagsfraktion



Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



RENÉ SPRINGER MdB

- Leiter des Arbeitskreises Arbeit und Soziales der AfD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Außenpolitik des Deutschen Bundestages und im gleichnamigen Arbeitskreis der AfD-Bundestagsfraktion



JÜRGEN POHL MdB

- Stellvertretender Leiter des Arbeitskreises Arbeit und Soziales der AfD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages



NORBERT KLEINWÄCHTER MdB

- Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages und im gleichnamigen Arbeitskreis der AfD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union des Deutschen Bundestages und im gleichnamigen Arbeitskreis der AfD-Bundestagsfraktion



GERRIT HUY MdB

- Obfrau und Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages und im gleichnamigen Arbeitskreis der AfD-Bundestagsfraktion
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Finanzen des Deutschen Bundestages und im gleichnamigen Arbeitskreis der AfD-Bundestagsfraktion

STABILITÄT DURCH GUTE ARBEITSPLÄTZE FÜR GUTE LEUTE

Der Arbeitsmarkt, die Basis unseres Sozialsystems, ist aus dem Takt geraten: Unternehmen finden oft keine Arbeitskräfte, während gleichzeitig Millionen Menschen arbeitslos sind. Wirtschaft und Politik rufen nach immer mehr Einwanderung, obwohl die Vergangenheit gezeigt hat, dass dadurch in erster Linie der Niedriglohnbereich wächst und die Anzahl der Sozialleistungsbezieher steigt. Zuwanderung wird das Problem also nicht lösen. Wir setzen auf Qualifizierung der Arbeitnehmer und eine optimale Vermittlung des eigenen Arbeitskräftepotentials sowie eine verstärkte Automatisierung in den Betrieben. So wird eine Einwanderung in unsere sozialen Sicherungssysteme vermieden. Sie bleiben stabil und zukunftssicher.



Unsere Anträge im Deutschen Bundestag zu diesem Thema

Technisierung statt Zuwanderung – Für einen Arbeitsmarkt der Zukunft; Bundestagsdrucksache 20/5225

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/052/2005225.pdf>



Zuwanderung muss sich für Deutschland lohnen – Stabile Sozialsysteme brauchen Transparenz; Bundestagsdrucksache 20/7665

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/076/2007665.pdf>

WOHLSTANDSLÖHNE

Das Ziel einer alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik sind Wohlstandslöhne, auf deren Basis man eine Familie gründen und ernähren kann. Man sollte mit ihnen auch in der Lage sein, Wohneigentum zu erwerben und selbst zur Alterssicherung beizutragen. Was früher üblich war, bleibt heute selbst Normalverdienern oft verwehrt. Ursachen hierfür sind die Lohnzurückhaltung der letzten Jahrzehnte sowie steuerliche und versicherungsbezogene Abzüge. Wohlstandslöhne bedeutet: mehr Netto vom Brutto. Bei einer gerechten Lohnentwicklung wäre überdies der Mindestlohn überflüssig, der gleichwohl vorübergehend als Problemlösung seine Aufgabe zu erfüllen hat. Bei der Festsetzung des Mindestlohns ist die Preisentwicklung als wesentliches Kriterium zu berücksichtigen.



Unser Antrag im Deutschen Bundestag zu diesem Thema

Mindestlohnkommission stärken – Krisenfesten Mindestlohn gewährleisten; Bundestagsdrucksache 20/4319

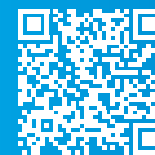
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/043/2004319.pdf>

AKTIVIERENDE GRUNDSICHERUNG STATT BÜRGERGELD

Ein Sozialstaat muss jene schützen, die arbeiten; jenen helfen, die es nicht können; jene motivieren, die es nicht wollen. Weder moralisch noch wirtschaftlich ist er sonst zu rechtfertigen. Dem Fordern-und-Fördern

wurde nie volle Geltung verschafft – Solidarität ist aber keine Einbahnstraße. Wir sagen: Wer arbeiten kann, soll auch arbeiten; wer mehr arbeitet, soll auch mehr in der Tasche haben. Das bedingungslose Grundeinkommen durch die Hintertür, das sogenannte »Bürgergeld«, stärkt nicht den gesellschaftlichen

Zusammenhalt und den Solidaritätsgedanken – das tut einzig und allein unsere aktivierende Grundsicherung.



Unser Antrag im Deutschen Bundestag zu diesem Thema

Aktivierende Grundsicherung statt bedingungslosem Grundeinkommen – Einführung von Bürgerarbeit; Bundestagsdrucksache 20/3943

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/039/2003943.pdf>

ARMUT BEKÄMPFEN

Nachdem die Armut und besonders die Altersarmut in Deutschland einen traurigen Höchststand erreichen, müssen wir endlich handeln. Fast jedes vierte Kind und fast 30 Prozent der alleinstehenden Personen über 65 Jahre sind in Deutschland armutsgefährdet. Wer sein ganzes Leben lang arbeitet und Kinder großzieht, muss davon im Alter in Würde und ohne zusätzliche Unterstützung leben können. Die Realität sieht jedoch erschreckend anders aus: Die Zahl der Multijobber hat sich in den letzten 20 Jahren auf 3,5 Millionen Menschen mehr als verdoppelt. Wer bereits im Erwerbsleben an der Armutsgrenze lebt, wird auch im Alter arm bleiben. Wir setzen uns dafür ein, dass aus unserem Land wieder ein Ort des wirtschaftlichen Aufschwungs, der Bildungsgerechtigkeit, des Wohlstands und der persönlichen Chancen wird.



Unser Antrag im Deutschen Bundestag zu diesem Thema

Hinzuverdienstgrenzen bei den Witwenrenten neu regeln – Fachkräfte freisetzen; Bundestagsdrucksache 20/6582

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/065/2006582.pdf>